



spotlight

SICHERHEIT, DIE UNS UNSICHER MACHT

Die neue Selbstverständlichkeit der Machtpolitik

Nach Jahren der Globalisierung scheint die Welt in die Logik der Macht zurückzufallen. Die Kritik an „naiver“ Globalisierungspolitik hat Hochkonjunktur. Zunehmend wird auf nüchterne Machtpolitik gesetzt, auf Unabhängigkeit und militärische Stärke statt auf Vernetzung und internationale Organisation. Doch die Hinwendung zur Machtpolitik droht die Fehler der Globalisierungspolitik unter anderen Vorzeichen zu wiederholen. Im sicheren Glauben die Welt nun verstanden zu haben, wird „alternativlose“ Politik betrieben, die ihre eigenen Risiken übersieht und die Welt so auf Dauer unsicherer zu machen droht.



Machtdemonstration mit Schattenseiten: In vielen Städten erinnern Reiterstandbilder an vergangene Großmachtpolitik. Foto: Javier Gómez, Unsplash.

VON DIRK PETERS

In Politik, Medien und Wissenschaft herrscht heute weitgehende Einigkeit, dass sich die internationale Politik in den letzten Jahren grundlegend verändert hat: Nicht mehr Multilateralismus, Recht und offener Handel charakterisieren die Weltpolitik, sondern die Logik von Macht und Stärke. Diese Veränderungen werden oft als eine Rückkehr zu den eigentlich schon immer geltenden Mustern der internationalen Politik gedeutet, als habe das Zeitalter der Globalisierung und Verrechtlichung sie nur zeitweise überdeckt. In diesem Verständnis werden wir Zeugen einer „Rückkehr der Machtpolitik“¹, „Rückkehr der

Geoökonomie“², „Rückkehr der Realpolitik“³ oder „Rückkehr der Geopolitik“⁴.

Aufs äußerste zugespitzt hat diese Sichtweise jüngst Trump-Berater Stephen Miller nach der US-Intervention in Venezuela: „Wir leben in einer Welt, in der realen Welt, die von Stärke beherrscht wird, die von Gewalt beherrscht wird, die von Macht beherrscht wird. Das sind die ehernen Gesetze der Welt, die seit Anbeginn der Zeit bestehen.“⁵

Aus dieser Perspektive erscheint Macht vor allem als Fähigkeit, sich unmittelbar gegen andere durchzusetzen, notfalls mit Gewalt. Andere Formen von Macht, zum Beispiel durch die Gestaltung von Regeln, durch wirtschaftliche oder kulturelle Anziehungskraft oder die Fähigkeit zur Koalitionsbildung geraten in den Hintergrund. Wer am Ende nicht zum Spielball anderer werden will, muss sich gegen sie rüsten, durch möglichst große Unabhängigkeit und Ausbau der eigenen Durchsetzungsfähigkeit. Militärische Handlungsfähigkeit und strategische Autonomie werden so zu Leitmotiven der Sicherheits-, Außen- und Wirtschaftspolitik.

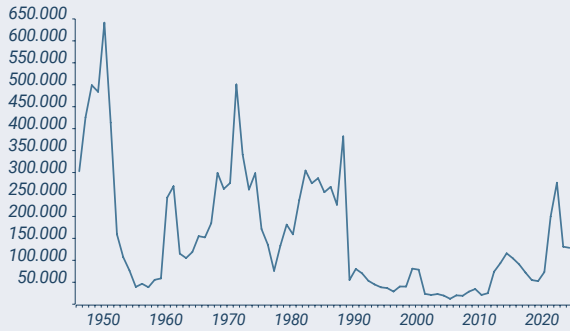
DIE KRITIK AN DER „MACHTVERGESSENEN“ GLOBALISIERUNG

Verbunden ist diese Diagnose meist mit einer Kritik an der Politik der vergangenen Jahrzehnte, einer Politik, die auf immer engere internationale Vernetzung setzte: durch die Globalisierung der Wirtschaft, die Öffnung von Grenzen sowie die Ausweitung und Stärkung internationaler Regeln und Organisationen.

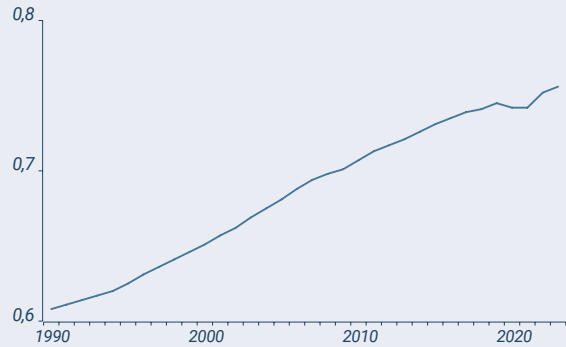
Diese Politik, so der Vorwurf, sei ein Irrweg gewesen, weil sie eben die ehernen Gesetze interna-

Internationale Gewalt und Entwicklung nach dem Ende des Ost-West-Konflikts

Nach dem Ende des Kalten Krieges fiel die Zahl der Toten in militärischen Konflikten mit staatlicher Beteiligung deutlich ab und blieb über Jahrzehnte (bis 2011) stabil auf vergleichsweise niedrigem Niveau.⁶ Parallel verbesserten sich global Lebenserwartung, Bildung und Lebensstandards, wie sie im Human Development Index (HDI) des UN-Entwicklungsprogramms (UNDP) abgebildet werden von 1990 bis 2019 kontinuierlich.⁷



Todesopfer durch Kampfhandlungen in Konflikten, an denen mindestens eine staatliche Partei beteiligt ist. Quelle: PRIO Battledeaths Dataset 3.1 (bis 1988)⁸ und UCDP Battle-related Deaths Dataset 25.1 (ab 1989)⁹.



Human Development Index global, 1990–2023. Datenquelle: UNDP: Human Development Reports, <https://hdr.undp.org/data-center/documentation-and-downloads>

ler Politik – die Bedeutung von Macht und den Vorrang nationaler Interessen – verkannt habe. Der Glaube, dass immer mehr Vernetzung zu immer mehr Frieden und Wohlstand beitrage, sei „sehr naiv“ und beispielsweise im Hinblick auf Russland ein „schrecklicher Fehler“ gewesen.¹⁰ Die Devise „Wandel durch Handel“ habe sich zwar als „bequem“, aber letztlich als „epochale[r] Irrtum“ erwiesen.¹¹

Die Verfechterinnen und Verfechter internationaler Verflechtung sind zwar keineswegs verschwunden. Doch sie geraten zunehmend in die Defensive. Dafür gibt es naheliegende Gründe: Der Krieg gegen die Ukraine ist tatsächlich ein Rückfall in dunkle Zeiten europäischer Gewaltpolitik. Offen rücksichtslos auftretende Machtpolitiker wie Wladimir Putin und Donald Trump dominieren die öffentliche Aufmerksamkeit. Dagegen muss die Hoffnung auf eine friedliche Welt, in der für alle verbindliche Regeln herrschen, schnell naiv aussehen.

DIE AMBIVALENZ DER GLOBALISIERUNGSPOLITIK

Doch die Kritik an der Verflechtungspolitik macht es sich zu leicht. Denn diese Politik lebt nicht einfach von einer vagen Hoffnung und purer Naivität. Ideengeschichte und Forschung stützen sie. Dass Verflechtung, Interdependenz und regelmäßige Zusammenarbeit die Chance auf dauerhaften Frieden erhöhen, hat schon Immanuel Kant hervorgehoben.¹² Und die Forschung hat gezeigt, dass Handel und ökonomische Interdependenz tatsächlich Frieden begünstigen, besonders wenn die Handel treibenden Staaten in gemeinsame internationale Institutionen eingebettet sind.¹³

Die Strategie der 1990er-Jahre, immer mehr Staaten in das Geflecht internationaler Handelsbeziehungen und internationaler Organisationen einzubeziehen, hat zudem beeindruckende Erfolge vorzuweisen. Alleine schon, dass das Ende des Kalten Krieges nicht wie andere Epochenbrüche zu einem großflächigen Krieg führte (wenn es auch nicht ganz ohne Gewalt abgelaufen ist), hat viel damit zu tun, dass ein dichtes Geflecht internationaler Organisationen existierte, das durch Regeln, wirtschaftliche Öffnung und institutionelle Einbindung die Anreize für Gewalt zwischen den Großmächten entscheidend reduzierte. Als Erfolg verbuchen kann diese Strategie auch einen Rückgang internationaler Gewalt und Fortschritte bei Wohlstand und Entwicklung bis in die 2010er-Jahre (s. Infokasten).

Zu einem zentralen Problem wurde allerdings, dass diese Strategie zunehmend ihre eigene Ambivalenz und die Offenheit der Zukunft aus dem Blick verlor und darauf setzte, dass Demokratie, Frieden und Wohlstand sich ungebrochen ausbreiten würden.

Dass Interdependenz zwei Seiten hat und nicht zwangsläufig zu Frieden führt, hat die Forschung aber schon in den 1970er-Jahren ausführlich diskutiert. Verflechtung führt Staaten nicht nur näher aneinander heran und macht Krieg kostspielig. Sie schafft auch Abhängigkeiten, die ausgenutzt werden können. Interdependenz schafft Macht nicht ab, sondern verändert ihre Funktionsweise.¹⁴

Außerdem wurde in den 1990er-Jahren offensichtlich die demokratisierende Kraft internationaler Verflechtung überschätzt. Die Einbindung der mittel- und osteuropäischen

Staaten in die EU oder Russlands und Chinas in die WTO war eine Wette auf eine Zukunft, in der diese Staaten sich durch ihre Einbindung zu liberalen Demokratien entwickeln und der Frieden zwischen Demokratien sich damit immer weiter ausbreiten würde. Sie war auch eine Wette darauf, dass die westlichen Demokratien weiterhin der liberalen Demokratie verpflichtet bleiben und das Völkerrecht stützen würden. Wie jede Wette war auch diese mit Risiken verbunden. Was versäumt wurde, war diese Risiken abzusichern.

Aus dieser Sicht wurden also nicht naiv eherne Gesetze der Politik ignoriert, sondern Risiken unterschätzt. Entscheidend ist daher nicht, dass auf Kooperation und Verflechtung gesetzt wurde, sondern dass die damit verbundenen Risiken kaum berücksichtigt wurden.

Doch genau diesen Fehler wiederholt nun die aktuelle Hinwendung zur Machtpolitik: Sie nimmt an, dass sich die aktuellen Entwicklungen ungebrochen in die Zukunft fortsetzen werden. Doch im Fall der Machtpolitik ist das besonders gefährlich. Denn was wie kluge Zukunftsvorsorge aussehen mag, verstärkt die problematischen Trends der Gegenwart nur weiter. So droht eine Politik, die Sicherheit verspricht, die Welt nicht stabiler, sondern auf Dauer gefährlicher zu machen.

DIE AMBIVALENZ DER MACHTPOLITIK

Zwei grundlegende Probleme erzeugt die Hinwendung zur Machtpolitik. Zum einen kann eine Strategie der Aufrüstung und Verringerung von Abhängigkeiten, selbst wenn sie defensiv gemeint ist, vom Gegenüber leicht als offensive Vorbereitung auf einen Konflikt verstanden werden. Wenn mein Gegenüber sich sichtbar auf den Ernstfall vorbereitet und zugleich die eigenen Kosten eines Konflikts reduziert, bin ich dann nicht gut beraten, ebenfalls aufzurüsten und mich unabhängig zu machen? Wer die „Sprache der Macht“ (Friedrich Merz)¹⁵ spricht, trägt dazu bei, dass auch in dieser Sprache geantwortet wird.

Zum anderen verändert diese Politik auch die sozialen Beziehungen zwischen den Betroffenen. Wenn Staaten Beziehungen abbrechen oder zurückbauen, dann ruft dies Ablehnung unter den früheren Partnern hervor und sät Misstrauen. Dazu muss sich der betreffende Staat nicht einmal so offen gegen seine früheren Partner stellen, wie das zum Beispiel die USA unter Donald Trump tun. Schon der Wunsch Großbritanniens aus der EU auszutreten, führte zu einer merklichen Abkühlung in den Beziehungen der EU zu Großbritannien, ähnlich wie bei jemandem, dessen Ehepartner einseitig die Scheidungspapiere einreicht.

Beides kann leicht zu Abwärtsspiralen in den Beziehungen führen. Vorsorge erzeugt Misstrauen, Misstrauen verlangt weitere Vorsorge. So breitet sich Misstrauen aus und verstärkt sich, wenn nicht aktiv gegengesteuert wird. In einer Welt aber, die von wechselseitigem Misstrauen geprägt ist und davon, dass alle sich auf den schlimmsten Fall vorbereiten, sind letztlich alle unsicherer als in einer Welt, die von Kooperation geprägt ist.

So werden beide Strategien, Vernetzungs- und Machtpolitik, zum Problem, wenn sie absolut gesetzt werden und ihre eigenen Ambivalenzen nicht berücksichtigen: Vernetzungspolitik muss das Risiko im Blick behalten, dass Vernetzung auch ausgebeutet werden kann; Machtpolitik muss das Risiko im Blick behalten, dass sie Spiralen des Misstrauens fördert, die dauerhaft Beziehungen zerstören und dass sie so die kriegerische Welt heraufbeschwört, gegen die sie sich abzusichern sucht.

Was bedeutet das für die politische Praxis?

PLÄDOYER FÜR EINE RISIKOBEWUSSTE POLITIK

Wichtig wäre vor allem, dass beide Strategien sich nicht nur an den Risiken der anderen Strategie abarbeiten, sondern dass sie die eigenen Risiken mitdenken und politisch bearbeiten.

Das beginnt schon in der Rhetorik. Globalisierung wäre dann beispielsweise nicht als „Naturgewalt“ (Bill Clinton) zu bezeichnen¹⁶, sondern als politische und wirtschaftliche Strategie. Das Risiko, dass Stärkere sich rücksichtslos auf Kosten der Schwächeren durchsetzen, wäre ebenso kein „ehernes Gesetz“, sondern ein Phänomen, das prinzipiell auch überwindbar ist.

Wer politische Strategien so nicht als Folge unveränderlicher Gesetze, sondern als Entscheidungen unter Unsicherheit beschreibt, nimmt ihnen den Anschein der Alternativlosigkeit. Erst dann werden die Nebenfolgen der eigenen Politik – etwa die Risiken von Machtpolitik für Vertrauen und Kooperation – überhaupt politisch verhandelbar.

Risiken der eigenen Strategie ernst zu nehmen, setzt sich in der Substanz der Politik fort. Risikobewusste Politik setzt nicht alles auf eine Karte.

In diesem Sinne wäre eine multilaterale Politik beispielsweise nicht mehr auf eine Vision einer notwendig immer mehr nach westlichen Vorstellungen gestalteten Welt ausgerichtet. Sie könnte einen dünneren Multilateralismus schaffen, der zuerst fragt, wo in der internationalen Politik grundlegende gemeinsame Interessen bestehen, aber offen bleibt für potentielle Interessendivergenzen in anderen Fragen.¹⁷ Ein solcher „dünner“ Multilateralismus würde zum Beispiel die Erwartungen an Konvergenz begrenzen und damit das Risiko verringern, dass Enttäuschungen über ausbleibende Anpassung in politische Konflikte umschlagen.

Eine stärker machtpolitisch orientierte Strategie müsste das Risiko von Misstrauensspiralen ernst nehmen. Hier müsste zum Beispiel nach Wegen gesucht werden, wie Verteidigungsfähigkeit so gestaltet werden kann, dass sie eindeutig defensiv bleibt und nicht als Vorbereitung auf einen Angriff interpretiert werden kann. Konzepte aus der Friedensforschung der 1980er-Jahre wie strukturelle Nichtangriffsfähigkeit können hier wichtige Anknüpfungspunkte sein.¹⁸ Und das gilt nicht nur für militärische Fragen, sondern ebenso für den Umgang mit wirtschaftlicher Verflechtung und strategischer Autonomie. Auch hier stellt sich die Frage, wie Maßnahmen so gestaltet werden können, dass

